

Zur aktuellen Lage an den Außengrenzen Europa's: Die griechische Insel Lesbos

Ein Reisebericht von Doro Bruch, Jan Dunkemölle und Nora Freitag
borderline-europe



Intro

Dieser Bericht entstand auf Grundlage einer zwei wöchigen Reise auf die Insel Lesbos im April 2018. Bereits 2016 haben die **borderline-europe** Mitarbeiter Stephan Schmidt und Harald Glöde einen Reisebericht zu Lesbos verfasst. Wir haben in diesem Jahr Gespräche mit Anwält*innen, NGO-Mitarbeiter*innen, Geflüchteten und Aktivist*innen vor Ort geführt. Dieser neue Bericht soll Einblicke zur aktuellen Lage geflüchteter Menschen auf der Insel geben und Verlinkungen zu weiteren Informationsplattformen herstellen. Es lassen sich zwei Schwerpunkten zuordnen: Spotting, d.h. Monitoring der Küsten zur Dokumentation von Seenotrettung und Ankünften über das Meer aus der Türkei, sowie die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten auf der Insel. Eine kontinuierliche zivile Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen in der Ägäis und auf Lesbos ist unserer Einschätzung nach dringend notwendig. Der Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Instrumente der EU-Migrationspolitik

Vor etwas mehr als zwei Jahren im März 2016 wurde der EU Türkei Deal unterzeichnet. Der Deal kann als Meilenstein in der EU-Migrationspolitik für den Ägäischen Raum gewertet werden, da er fundamentale Auswirkung auf die Situation Geflüchteter auf den griechischen Hotspot Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos hat: Menschen im laufenden Asylverfahren und ohne Bescheinigung besonderer Schutzbedürftigkeit dürfen ohne Asylberechtigung nicht auf das griechische Festland weiterreisen, lange Bearbeitungszeiten in Asylverfahren, Menschen werden aufgrund ihrer Nationalität bei Ankunft auf den Inseln inhaftiert, Asylsuchende sehen sich gezwungen „freiwillig“ in die Türkei zurückzukehren u.a. da sie über einen langen Zeitraum von ihren Familien getrennt leben müssen und das Erstarken von Rassismus durch die lokale Bevölkerung und rechtsextreme Bündnisse¹.

Die Lage auf den griechischen Inseln hat sich seit dem EU-Türkei Deal extrem verschärft. Die Aufnahmezentren sind hoffnungslos überfüllt und bleiben es auch weiterhin, obwohl am 17.04.2018 der Oberste Griechische Gerichtshof die geographische Restriktion der Bewegungsfreiheit (geographical restriction) von Asylsuchenden aufgehoben hatte. Die Restriktion habe keine rechtliche Grundlage und läge nicht im Sinne der Allgemeinheit². Wie der *Greek Council for Refugees* in einer Pressemitteilung vom 24.04.2018 mitteilte³, wird dieses maßgebliche Urteil jedoch aufgrund von Interventionen durch den griechischen *Asylum Service* nicht umgesetzt. Die griechische Regierung und die Institutionen der EU argumentieren hierbei mit den höheren Ankunftszahlen auf der Insel in den Frühlingsmonaten⁴. 15.500 Asylsuchende sowie die Neuankommenden müssen daher weiterhin das Asylverfahren auf den Hotspot Inseln durchlaufen. Hinzu kommt die permanente Androhung von Abschiebungen in die Türkei, insbesondere für Menschen aus Herkunftsländern mit niedriger Anerkennungsquote wie Bangladesch, Pakistan, Algerien und Marokko. Mehrheitlich werden Menschen dieser Herkunftsländer bereits bei Ankunft auf der Insel Lesbos inhaftiert, wie das *Legal Centre Lesbos* berichtet. In regelmäßigen Abständen gibt es darüber hinaus Flüge in die türkische Stadt Adana, mit welcher sogenannte freiwillige Rückkehrer*innen ausgeflogen werden. Aktivist*innen der

¹ Vergleiche dazu auch Alpes, Jill/Tunaboynu, Sevda/van Liempt, Ilse (2017): Human Rights Violations by Design: EU-Turkey Statement Prioritises Returns from Greece Over Access to Asylum. Migration Policy Centre: University of Utrecht.

² <http://www.ekathimerini.com/227774/article/ekathimerini/news/new-refugees-in-greece-can-move-freely-says-court>

³ <http://www.gcr.gr/index.php/en/news/press-releases-announcements/item/814-dt-esp-oxfam>

⁴ <https://www.hrw.org/news/2018/04/25/greece-government-defies-court-asylum-seekers>

noborderkitchenlesvos weisen zu Recht darauf hin, dass die sogenannte freiwillige Rückkehr keine freie Wahl ist. Wer nach einem negativen Asylbescheid von seinem*ihrem wenig aussichtsreichen Recht auf Widerspruch Gebrauch macht, riskiert auch eine Abschiebung in die Türkei mit anschließender Inhaftierung dort. Auch hier besteht die Gefahr einer Kettenabschiebung. Zuletzt plante das türkische Regime bis zu 10.000 Afghan*innen abzuschicken⁵.

Wer nicht abgeschoben wird muss unter katastrophalen Bedingungen auf der Insel Lesbos im Wartezustand ausharren. Lesbos ist die drittgrößte Insel Griechenlands und hat über 86.000 Einwohner*innen, 8.000 davon sind aktuell Geflüchtete. Laut UNHCR haben seit Januar 2018 4.636 Geflüchtete die Insel mit kleinen Holz- und Schlauchbooten erreicht (Stand: 04.05.2018)⁶ und somit deutlich mehr als im gleichen Zeitraum im vergangenen Jahr. Viele Geflüchtete bezeichnen die Insel Lesbos als Gefängnis unter freiem Himmel. Die Weiterreise auf das griechische Festland ist von Lesbos aus nur für Menschen mit einer Flüchtlingsanerkennung, dem sogenannten subsidiären Schutz bzw. der Feststellung von Vulnerabilität möglich. Zu der Gruppe der sogenannten schutzbedürftigen Personen zählen laut EU-Richtlinien Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Behinderte, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern, Opfer des Menschenhandels, Personen mit schweren körperlichen Erkrankungen, Personen mit psychischen Störungen und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, wie z.B. Opfer der Verstümmelung weiblicher Genitalien, die medizinische Versorgung benötigen⁷. Auf Lesbos funktioniert die Feststellung von Vulnerabilität jedoch willkürlich und nicht systematisch. So kommt es auch dazu, dass die Aufhebung der geographischen Beschränkung wegen notwendiger medizinischer Versorgung nicht zeitnah durchgesetzt wird. Beispielhaft kann hierfür der Fall einer Familie genannt werden, bei welchem ein 15-Monate junges Kleinkind mit schweren Herzproblemen zwei Monate lang nicht die Insel verlassen durfte⁸.

Überfahrten auf See

Im Ägäischen Meer zwischen der Türkei und den griechischen Inseln operieren NATO Schiffe und aktuell zwölf Schiffe der Grenzschutzagentur Frontex - darunter britische, kroatische, italienische und auch zwei deutsche - neben der Schiffen der türkischen und der griechischen Küstenwache. Die große Mehrzahl der überfahrenden Holz- und Schlauchboote, mit denen Geflüchtete aus der Türkei nach Lesbos überfahren, wird von der griechischen Küstenwache abgefangen und an Land gebracht. NGO's vor Ort berichten, dass es hierbei immer wieder zu Fehlverhalten der griechischen Küstenwache kommt, etwa schnelles Umfahren der überfüllten Boote und Verbreitung von Unruhe durch lautes Schreien und Abwesenheit von Sprachmittler*innen. So verfügt die griechische Küstenwache aktuell nicht über ein kleines Beiboot, um sich den Flüchtenden in den kleinen, häufig überfüllten Booten ruhig zu nähern. In der Ägäis kommt es auch immer wieder zu pull-backs durch die türkische Küstenwache, die Geflüchtete auf dem Wasser angreifen, aus griechischen Gewässern zurück an die türkische Küste bringen und inhaftieren⁹.

Die Nordküste der Insel ist rau und steinig, insbesondere um den Leuchtturm von Korakas. Daher führt die NGO [Lighthouse Relief](#) seit 2015 ein unabhängiges Spotting mit Nachtsichtgeräten und Funkgeräten von Skala Sykhaminias bis Palios durch, um ein sicheres Anlanden der Schlauch- und Holzboote in diesem Küstenabschnitt zu ermöglichen. Anspruch ist 20 Stunden täglich Bewegungen

⁵ <https://www.ecre.org/total-of-afghans-deported-from-turkey-to-reach-10000/>

⁶ <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean/location/5179>

⁷ EU-Richtlinie 2013/33/EU

⁸ <https://www.law.ox.ac.uk/research-subject-groups/centre-criminology/centreborder-criminologies/blog/2018/04/moria-refugee>

⁹ <http://www.refugeerescue.co.uk/latest-news/>

auf See zu beobachten. Bei Sichtung eines Bootes wird und muss immer zuerst die griechische Küstenwache in Molivos informiert werden. 2015 gab es im Norden der Insel noch 7 zivile Seenotrettungsorganisationen, heute liegt im Hafen nur noch die *Mo Chara*, ein Rettungsboot des Vereins [Refugee Rescue](#). Auch die *Mo Chara* wird von den zivile Spotter*innen informiert, benötigt jedoch die Erlaubnis der griechischen Küstenwache um rausfahren zu dürfen. Wie *Refugee Rescue* berichtet, kommt es hierbei zu entscheidenden Verzögerungen, die das Boot der Geflüchteten in eine gefährliche Situation beim Anlanden bringen kann. Auch an der Südküste führen derzeit vier Teams ein unabhängiges Spotting durch: [Campfire](#), [Refugee 4 Refugees](#), [ERCI](#) Emergency Response Centre International und [A Drop in The Ocean](#), die mit Fahrzeugen die Küste abfahren. Sie decken den Abschnitt zwischen Flughafen und Südspitze der Insel ab, wo in den vergangenen Wochen immer mehr Boote angelandet sind. In Zukunft wird es darüber hinaus Missionen der NGO [Mare Liberum](#) geben um mit einem eigenen Schiff (Sea-Watch 1) Menschenrechtsbeobachtungen in der Ägäis durchzuführen und den Druck zur Seenotrettung zu erhöhen.

Einmal mehr beweist der Vorfall vor der griechischen Insel Agathonisi wie dringend notwendig ein ziviles Auge und zivile Seenotretter*innen im Ägäischen Meer sind. Am 17.03.2018 sind vor Agathonisi



Bild: Mahnwache in Athen am 04.04.2018

mindestens 16 Menschen, darunter 5 Kinder ertrunken. Gegen die griechischen Behörden werden in diesem Zusammenhang seitens der Angehörigen massive Vorwürfe erhoben. Sie sollen die mehrfachen telefonischen Notrufe eines Verwandten bewusst ignoriert haben. Im April fand daraufhin eine Mahnwache mit den Angehörigen in Athen statt, sie fordern eine lückenlose Aufklärung des Vorfalls.

Lagersystem auf Lesbos

6.230 Personen sind mit Stand vom 11.04.2018 in *Moria* untergebracht. Das Lager ist die zentrale Unterbringungs- und Registrierungsstelle¹⁰ auf der Insel. Daneben gibt es ein weiteres Camp *Karatepe* in welchem aktuelle ausschließlich Familien untergebracht werden (1211 Personen) sowie eine selbstorganisierte ausschließlich aus Spenden finanzierte Unterkunft *PIKPA* in welcher aktuell 106 Menschen zusammenleben. Um die 90 Personen befinden sich in privaten Wohnungen, die temporär vom UNHCR finanziert werden.

Da insbesondere im Sommer 2015 die meisten Boote im Norden der Insel ankamen, hat borderline-europe e.V. ganz in der Nähe des Dorfes Klio 2015 eine erste Ankunftsstation *Protti Stassi* errichtet, wo trockene Kleidung, erste medizinische Notversorgung und Getränke und Essen bereitgestellt wurden. Da in der Zwischenzeit auch durch den EU-Türkei Deal die Ankunftsahlen im Norden zurück gegangen sind, wird *Protti Stassi* aktuell nur in Ausnahmen genutzt. Die Autoritäten der Insel haben vielmehr angeordnet alle im Norden der Insel ankommenden Geflüchteten für eine Nacht in dem vom UNHCR betriebenen temporären Lager *Stage 2* aufzunehmen, bevor sie weiter nach *Moria* transportiert werden. Die meterhohen Zäune setzen ein klares Zeichen wie von staatlicher Seite mit

¹⁰ Reception and Identification Center (RIC)

Geflüchteten auf der Insel umgegangen wird – das Erfassen und Kontrollieren der Migrant*innen steht als oberstes Gebot noch vor der Notversorgung. So berichten auch die NGO's aus dem Norden, dass es teilweise Stunden dauere bis ein Transport von Verletzten in das Krankenhaus der Insel bereitgestellt, bzw. erlaubt wird und Personen sich teilweise tagelang in dem temporären Lager aufhalten müssen.



Bild: Stage 2

Hotspot *Moria*

Moria ist ein Komplex in dem Geflüchtete sowohl in Container, als auch in einfach Zelten schlafen. Das Lager ist von hohen Zäunen eingeschlossen, da *Moria* jedoch weit über die eigentlichen Kapazitäten belegt ist, schlafen und leben im angrenzenden *olive growth* ebenso Geflüchtete in Zelten ohne zusätzliche Infrastruktur. Da das Lager ebenso als Registrierungsstelle und ein Sektor als Gefängnis (Kapazität 110 Personen) funktioniert befinden sich Polizei, Frontex und EuroDac Mitarbeiter*innen immer innerhalb des Lagers. Sektion B wurde neu zur Unterbringung von minderjährigen Geflüchteten eingerichtet.

Durch Überbelegung werden Konflikte unter den Bewohner*innen geschürt. Geflüchtete im Lager *Moria* haben keine Möglichkeit selbst zu kochen, 150 Personen müssen sich eine Dusche und eine Toilette teilen. Da das Lager abgelegen von der Stadt Mytilini liegt, sind viele auf den öffentlichen Transport mit Bussen (1,60€/Fahrt) angewiesen. Asylbewerber*innen erhalten 90€/monatlich an finanzieller Unterstützung jedoch nur solange sie im ersten Antragsverfahren sind, also noch keine Ablehnung erfolgte¹¹.

Die medizinische Versorgung in dem völlig überfüllten Lager in *Moria* ist alarmierend¹². Die im Camp operierenden Ärzt*innen und Krankenpfleger*innen von *KEELPNO* (Zentrum für Krankheitskontrolle und Prävention des Ministeriums für Gesundheit) verfügen nicht über Übersetzer*innen, sodass eine nachhaltige Behandlung nur schwer durchzuführen ist. Die Hilfsorganisation *Ärzte ohne Grenzen* hat mit der Unterzeichnung des EU-Türkei Statements ihre Arbeit innerhalb des Lagers eingestellt und betont, dass das System keinerlei Rücksicht auf humanitäre Bedürfnisse und die Schutzbedürftigkeit der Asylsuchenden nimmt¹³. NGO's wie *Ärzte ohne Grenzen*, *mobiledoc* und *Doctors du Monde* bieten daher eine erste notwendige medizinische und psychologische Versorgung außerhalb des Lagers an. Wie *Ärzte ohne Grenzen* berichtet, werden viele Krankheiten durch die katastrophalen hygienischen Zustände im Camp ausgelöst und verbreiten sich durch das enge Zusammenleben sehr schnell, was beispielsweise im Falle von Windpocken schwerwiegende Folgen für schwangere Frauen mit sich bringt. Kranke Menschen werden in *Moria* nicht separat untergebracht. Am 19.04.2018 starb eine Geflüchteter im Lager *Moria*. Angehörige und Unterstützer*innen erheben schwere Vorwürfe, dass es nur zum Tod gekommen war, da eine notwendige medizinische Hilfe nicht rechtzeitig eingeleitet wurde.

¹¹ Das *Appeals Committee* in Athens entscheidet in 99% der Fälle entsprechend der ersten Entscheidung. Anwält*innen stellen daher die Funktionalität dieser Instanz für den 1. Widerspruch im Asylverfahren in Frage:

<http://www.legalcentrelesbos.org/2017/11/09/october-report-on-rights-violations-and-resistance-in-lesvos/>

¹² <https://www.tagesschau.de/ausland/fluechtlinge-lesbos-123.html>

¹³ <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/beendung-arbeit-eu-hotspot-moria-lesbos>

Solidarische Strukturen

[Pikpa](#) ist eine alternative Unterkunft für Geflüchtete, die sich seit 2012 selbstorganisiert durch das Netzwerk *Lesvos Solidarity* behauptet. Aktuell leben dort 106 Menschen – davon 38 Kinder – in Holzhäusern die eine eigene Kochnische, Strom und Internetzugang ermöglichen zusammen. In *Pikpa* gibt es darüber hinaus großzügige gemeinschaftliche Räume wie Garten, Küche und Terrasse. Wichtigstes Ziel von *Pikpa* ist es die Unterkunft gemeinsam zu gestalten, daher treffen sich alle Bewohner*innen, Freiwillige und Koordinator*innen regelmäßig in gemeinsamen Treffen. *Pikpa* ist ein Camp, das ohne Sicherheitskräfte auskommt und stattdessen auf Kommunikation und Konsens setzt. Im krassen Kontrast zu *Moria* beweist *Pikpa* einmal mehr, dass eine menschenwürdige Unterbringung möglich ist.

Das [Mosaik Support Center](#) wurde 2016 durch eine Kooperation von *Lesvos Solidarity* und *borderline Lesvos* im Zentrum von Mytilini eröffnet und wird von Geflüchteten und Anwohner*innen inzwischen viel besucht. Im Mosaik befinden sich Räume für Sprachklassen (Griechisch, Englisch, Arabisch, Farsi), Workshops (Storytelling, Gitarrenunterricht, Chor, Literatur), IT-Klassen an Notebooks und Yoga. Für Kinder gibt es eine eigene Englischklasse. Ein Infotisch am Eingang gibt neu Ankommenden erste Informationen zum *Mosaik*: alle sind willkommen, solange sie sich respektvoll anderen gegenüber verhalten, alle Angebote sind kostenlos, Anwesenheit und gemeinsames Gestalten von *Mosaik* sind sehr erwünscht. Schätzungsweise 50 Personen kommen täglich zu *Mosaik*, um sich für eine der angebotenen Klassen anzumelden, 800 Menschen können jeden Monat teilnehmen, mehr geben die Räumlichkeiten aktuell nicht her. Bei der Anmeldung der Leute achtet das Team von *Mosaik* darauf Frauen und unbegleitete junge Geflüchtete sowie Menschen die in *Moria* leben zu berücksichtigen. *Mosaik* ist der einzige Ort auf der Insel, an welchem kontinuierlich kostenlose Sprachklassen und Workshops angeboten werden. Für viele Teilnehmende ist das *Mosaik* aber auch ein Ort zum Zusammenkommen und Quatschen im schattigen Garten. Außerdem befindet sich der Werkstatt „Safe Passage - Lesvos Solidarity“ im *Mosaik*, hier nähen und verkaufen Geflüchtete gegen faire Entlohnung



aus den gestrandeten Schlauchbooten Taschen. Auch im Gebäude finden Ratsuchende das *Legal Center Lesvos*, welches eine kostenlose Asylverfahrensberatung durch Anwalt*innen anbietet. Das *Legal Center Lesvos* vertritt darüber hinaus Geflüchtete vor Gericht unter anderem die 35 inhaftierten aus *Moria*.

Das [Bashira Centre](#) ist das erste Zentrum ausschließlich für Frauen und wurde im August 2017 im Zentrum von Mytilini eröffnet. Bashira bietet einen Schutzraum für geflüchtete Frauen aus *Moria* und deren Kinder, sowie psychosoziale Unterstützung durch diverse (Gruppen-)Angebote und psychologische Gespräche. Das Zentrum verfügt auch über Wasch- und Duschkmöglichkeiten, um den Frauen, die in Lagern leben müssen Platz für sich selbst und die eigene Körperpflege zu ermöglichen.

Kriminalisierung von Geflüchteten und Unterstützer*innen

Da sich die Zustände auf der Insel weiterhin verschärfen, haben Bündnisse aus NGO's, solidarischen Netzwerken und Geflüchteten in den vergangenen Monaten immer wieder auf die katastrophalen Bedingungen aufmerksam gemacht und protestiert. Die politische Reaktion darauf erfolgte in Form

von Kriminalisierungen insbesondere der Geflüchteten. Das jüngste Beispiel hierfür ist der Prozess gegen 35 Personen aus dem Lager *Moria*.

Im Juli vergangenen Jahres ist es dort einmal mehr zu friedlichen Protesten aufgrund der unmenschlichen Unterbringungssituation gekommen. Die Polizei hatte daraufhin das Lager gestürmt, mit Tränengas geschossen und geprügelt¹⁴. Nachdem sich die Lage beruhigt hatte, sind Polizist*innen in den Unterbringungssektor afrikanischer Geflüchteter eingedrungen und haben 35 Personen willkürlich verhaftet¹⁵. Amnesty International hatte in einer Stellungnahme bezüglich der friedlichen Proteste und der Verhaftung der 35 Personen dringend Ermittlungen gegen die Polizist*innen des Einsatzes aufgrund des massiven Ausmaßes von Gewalt gefordert¹⁶ – bisher ist nichts dergleichen passiert.



Anwält*innen des *Legal Centre Lesbos* haben sich des Falles angenommen, die Inhaftierten in verschiedenen Gefängnissen Griechenlands ausfindig gemacht und die Prozessvertretung von 34 der angeklagten Personen übernommen. Mehrfach wurde darüber informiert, dass es keinerlei nachhaltige Beweise für die Anklagepunkte Brandstiftung, Widerstand gegen ausführende Staatsgewalt, Körperverletzung und Sachbeschädigung gibt. Das *Legal Centre Lesbos* geht vielmehr davon aus, dass Hautfarbe und Herkunft der Personen für die Verhaftung ausschlaggebend waren¹⁷. In der Woche vom 20.04. – 25.04. gingen die Verhandlungen schließlich vorerst mit dem Urteil zweijähriger Haftstrafen für 32 Personen aus. Die Zeugenaussagen der Polizist*innen berufen sich dabei darauf, dass die Angeklagten allein aufgrund ihrer Anwesenheit im Unterbringungssektor afrikanischer Geflüchteter schuldig seien. Die Haftstrafen sind vorerst ausgesetzt, die Anwält*innen haben die Berufung des Urteils bereits öffentlich angekündigt¹⁸. Die 35 Geflüchteten von *Moria* wurden verurteilt, weil sie ihre Rechte eingefordert haben. Mit diesen Prozessen wird ein deutliches Zeichen der Abschreckung gesetzt, um jeglichen Widerstand bereits im Keim zu ersticken.

Diese Form der Kriminalisierung ist nicht nur Strategie gegenüber Geflüchteten, sondern richtet sich auch gegen Seenotretter*innen und Unterstützer*innen. Im Januar 2016 wurden 5 Seenotretter – zwei dänische Freiwillige vom *Team Humanity* und drei spanische Feuerwehrmänner, auf Lesbos festgenommen und erst gegen Zahlung einer Kaution vorerst wieder freigelassen. Sie waren mit ihrem Rettungsboot, durch einen Notruf alarmiert, in griechischen Gewässern auf der Suche nach einem Flüchtlingsboot in Seenot. Die Anklage gegen die 5 zivilen Seenotretter lautet Schmuggerei von Flüchtenden nach Europa. Das Rettungsboot bleibt bis heute beschlagnahmt. Wie auch im zentralen Mittelmeer zeigt dieses Verfahren deutlich, dass es hier um einen Schauprozess zur Kriminalisierung ziviler humanitärer Akteure geht. **Der Prozess beginnt am 07.05. in Lesbos**, den Angeklagten drohen mehrjährige Haftstrafen. Das [Team Humanity](#) und [ProemAid](#), werden über weitere Entwicklungen informieren.

Die Kriminalisierung von Geflüchteten und Unterstützer*innen trägt zum Erstarken einer rechtspolitischen Bewegung und rassistisch motivierten Übergriffen bei. Zuletzt kam es in der Nacht vom 23.04. auf den 24.04. zu schweren Ausschreitungen in Mytilini nachdem der Sappho Platz zuvor von etwa 200 Afghan*innen besetzt worden war¹⁹. Die Geflüchteten versuchten durch die

¹⁴ <https://theintercept.com/2017/08/09/asylum-seekers-face-police-violence-lesbos-greece-moria-camp/>

¹⁵ <https://www.justgiving.com/fundraising/justice-for-the-moria-35>

¹⁶ <https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR2568452017ENGLISH.pdf>

¹⁷ <https://www.justgiving.com/fundraising/justice-for-the-moria-35>

¹⁸ <http://www.legalcentrelesbos.org/2018/04/28/the-moria-35-trial-results-in-conviction-of-32/>

¹⁹ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-04/lesbos-protest-fluechtlinge-gegner-rechtsradikale>

Platzbesetzung einmal mehr auf die unhaltbaren menschenunwürdigen Lebensbedingungen im Lager *Moria* aufmerksam zu machen. Rechtsextreme griffen Geflüchtete mit Flaschen und Leuchtraketen an. Nach Angaben der Polizei erlitten mehr als ein Dutzend Afghan*innen Verletzungen. Der Platz wurde in der Nacht noch geräumt und die Geflüchteten in das Lager *Moria* zurückgebracht.

Fazit

Die Situation an der Europäischen Außengrenze auf Lesbos ist dramatisch. Geflüchtete, andere Aktive und einige NGO's machen durch Aktionen und Proteste unermüdlich auf das Unrecht, das an diesem Hotspot täglich passiert aufmerksam. Die Internationale Öffentlichkeit nimmt zwar Berichte auf aber NICHTS Grundlegendes verändert sich. Das bestehende System scheint zementiert. Verzweiflung und Resignation machen sich bei vielen Menschen breit.

Die aktiven NGO's auf Lesbos sind solidarisch mit den Geflüchteten und auch unter den Organisationen gibt es eine verstärkte Zusammenarbeit, ein Zusammenrücken. Gleichzeitig ist klar, dass eine Absprache mit der Küstenwache (insbesondere für das Spotting und die Rescue Teams) notwendig ist, um operieren zu dürfen. Das bedeutet eine allumfassende Kontrolle für alle Geflüchteten, die auf Lesbos ankommen. Die gesamte Insel ähnelt einer geschlossenen Institution, einem Gefängnis unter freiem Himmel. Autonome Strukturen und Selbstverwaltung jenseits der staatlichen Kontrolle sind kaum möglich. Das Lager in *Moria* ist zum Nadelöhr für alle Geflüchteten geworden.

Die aktuelle Situation auf Lesbos ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Erzählung von einer andauernden Flüchtlingskrise seit 2015 in die Irre leitet. Die mangelnde Versorgung und die verhinderte Weiterreise sind ein gewolltes System: Fluchthelfer*innen sollen lernen, dass Solidarität verurteilt wird und Migrant*innen sollen durch Kontrolle, Tod und Inhaftierung abgeschreckt werden. Es bleibt daher dringend, kontinuierlich zivilgesellschaftlich zu informieren und zu intervenieren - eine menschliche Migrationspolitik ist möglich.